

**Zeitschrift:** Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus  
**Herausgeber:** Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege  
**Band:** 46 (1952)  
**Heft:** 9

**Artikel:** Weltrundschau : der Aufstand der Farbigen ; Drohendes Amerika ; Verhandeln, nicht rüsten! ; Ostdeutsche Eindrücke ; Aufbau und Lebenshaltung ; Planwirtschaft ; Arbeitsbedingungen ; Volksbildung ; Diktatur ; Revolution von unten!

**Autor:** Kramer, Hugo  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-139669>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 30.03.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

rikaner, Burmesen, Japaner, Neuseeländer, Russen, «um etwas Einfaches zu besprechen – Frieden unter den Menschen». Es scheint ganz natürlich, daß der amerikanische Vertreter, Dr. John Adams Kingsbury, Roosevelt zitierte, der kurz vor seinem Tode diese Botschaft an die Amerikaner richtete: «Meine Arbeit, meine Freunde, ist der Friede. Ich bitte euch, euren Glauben aufrechtzuerhalten. Euch und allen, die sich mit uns der Aufgabe widmen, einen dauernden Frieden zu schaffen, sage ich: „Unsere Arbeit von morgen findet ihre Grenze einzig im Zweifel, den wir heute hegen. Machen wir uns an die Arbeit mit einem starken, aktiven Glauben.“»

Mögen die Amerikaner diese Worte beachten, bevor es zu spät ist, und mögen andere Völker ihre Regierungen zur Verhandlung zwingen, denn, wie der amerikanische Präsidentschaftskandidat Stevenson sagte: «Die Türe zum Verhandlungszimmer schließen, heißt die Türe zum Krieg öffnen.»

Millicent Furrer-Proud

## WELTRUNDSCHAU

**Der Aufstand der Farbigen** Im Vordergrund der Weltereignisse steht nun erneut – wenigstens für unsere Augen – die gewaltige nationale und soziale Freiheitsbewegung der farbigen Völker. Sie ist in der Berichtszeit mit großen Schritten weitergegangen: in *Nordafrika* – wo Marokko und Tunis immer offener rebellieren –, in *Südafrika*, wo die Neger und Inder auf Gandhis Spuren mit Heldenmut passiven Widerstand gegen die Herrenrassenpolitik der Regierung Malan leisten, und besonders dramatisch in *Ägypten* wie auch in *Persien*.

Das Kennzeichnende an der jüngsten Entwicklung sowohl in Ägypten als in Persien ist, daß die Aufstachelung des fremdenfeindlichen Nationalismus nicht mehr genügt, um die Empörung des Volkes über seine jammervolle Ausbeutung durch die herrschende Oberklasse zu dämpfen und abzulenken; es ist vielmehr nötig geworden, ernsthafte soziale Reformen an die Hand zu nehmen, um den Ausbruch einer eigentlichen proletarischen Revolution zu verhindern. In Ägypten besorgt diese Aufgabe die nun in aller Form aufgerichtete Militärdiktatur des Generals Naguib; hinter ihr steht derjenige Teil des Besitzbürgertums, der es satt hat, den nationalen Reichtum in den Taschen einer korrupten und prasserischen Oligarchie, wie sie sich um den Hof herum gruppierte, verschwinden zu sehen. Um aber die Auflehnung gegen das feudal-kapitalistische Palast- und Pascharegime nicht zur offenen revolutionären Volksbewegung «entarten» zu lassen, hält General Naguib

einerseits die «Unruhestifter» mit eiserner Hand nieder, während er andererseits eine Bodenreform verspricht, die den Landbesitz auf höchstens 80 Hektaren beschränken und das enteignete Land unter die besitzlosen Pächter und Dorfproletariat verteilen soll. Soweit der Großgrundbesitz weiter bestehen kann, soll der Pächter nicht mehr als die Hälfte des Bodenertrags dem Grundherrn abliefern müssen. Das ist für ägyptische Verhältnisse – 12 000 Großgrundbesitzer haben 37 Prozent des anbaufähigen Bodens in Händen, während zwei Millionen «Bauern» nicht einmal halb soviel Boden besitzen, wie für die bare Existenzsicherung nötig wäre – schon fast eine Agrarrevolution . . . wenn es nicht auf dem Papier stehenbleibt und auch wirklich *allgemein* angewandt wird. (Nach gewissen Berichten sollen nur 1500 Großgüter von der Verordnung betroffen werden, so daß die landhungrige Masse des Volkes im ganzen unbefriedigt bleibe.) Die Gegenrevolution ist übrigens in der Stille bereits an der Arbeit.

In Persien hat sich Ministerpräsident Mossadegh gleichfalls diktatorische Vollmachten geben lassen. Seine Regierung steht eben unter doppeltem Druck: die radikalen Nationalisten, verbunden mit den muslimischen Fanatikern, hindern ihn an jedem Entgegenkommen in der Ölfrage, obwohl die letzten britischen Vorschläge hätten eine Grundlage für eine Verständigung bieten können, und treiben das Land so fast gewaltsam dem Bankrott entgegen; die daraus erwachsende verschärfte Notlage des Volkes aber bringt die Gefahr einer kommunistisch geführten Revolution näher, so sehr die Amerikaner sich bemühen, durch Einwirkung auf die Engländer und durch «symbolische» Finanzhilfe den Zusammenbruch des konservativen Regimes hinauszuzögern. Mossadegh hat in dieser Zwangslage vorerst einmal eine Boden- und Steuerreform verordnet, die den Großgrundbesitz belasten und den Landpächtern einen größeren Anteil am Ernteertrag sichern soll. Was dabei herauskommt, bleibt abzuwarten. Wenn die Vereinigten Staaten und Großbritannien ihren ganzen Einfluß aufböten, um, wie in Ägypten, so auch in Persien eine *gründliche* Bodenreform durchzusetzen, so wäre schon viel gewonnen, um im Mittelosten einigermaßen menschenwürdige Lebensbedingungen für die breiten Volksschichten zu schaffen.

**Drohendes Amerika** Aber daran ist ja vorderhand überhaupt nicht zu denken. Nicht nur ist in England eine konservative Regierung am Ruder, die sich schon im eigenen Land bemüht, die sozialen Fortschritte rückgängig zu machen, welche die Labourregierung erwirkt hat; es ist vor allem *Amerika*, das überall die große Weltgefahr für alles wird, was Sozialreform oder gar Sozialismus heißt. Schon die demokratische Regierung Truman-Acheson, die in außenpolitischen Angelegenheiten unter stärkstem Druck von seiten der konser-

vativen Republikaner stand und steht, hat ja als Vorkämpferin der Gegenrevolution eine verhängnisvolle Rolle auf der Weltbühne gespielt. Sollte aber als Ergebnis der Präsidentschafts- und Parlamentswahlen vom kommenden November gar eine Regierung Eisenhower-Dulles gebildet werden, mit einer zuverlässigen Mehrheit in der Bundesversammlung, dann könnte es leicht zu einer eigentlichen internationalen Katastrophe kommen. Denn nichts ist falscher, als die Reden General Eisenhowers und seines Ratgebers Dulles über die Notwendigkeit, die Völker des Ostens «von der kommunistischen Tyrannei zu befreien», mit der bagatellisierenden Bemerkung: «Wahlpropaganda für den inneren Gebrauch» abtun zu wollen. Dulles ist schließlich jahrelang der republikanische Hauptsachverständige des amerikanischen Außenministeriums gewesen, der unter anderem den sogenannten Friedensvertrag mit Japan gezimmert und auch sonst die Ostasienpolitik der Vereinigten Staaten maßgebend (und folgenschwer) mitbestimmt hat. Und die hundert Millionen Dollar, die der Kongreß für die Unterstützung, Ausrüstung und Bewaffnung gegenrevolutionärer Gruppen in den kommunistischen Ländern bewilligt hat, sind auch nur ein Anzeichen dafür, daß die offene Ankündigung eines «Befreiungskreuzzuges» nach dem Osten durchaus auf der Linie der bisherigen Politik einer bewaffneten «Eindämmung» des Kommunismus liegt, die nun «mit kalter Entschlossenheit» (wie Eisenhower sagte) weitergeführt werden soll<sup>1</sup>. Erinnern wir auch daran, daß (vgl. «Neue Wege», Januar 1952, Seiten 32/33) Staatssekretär Acheson schon in seiner Berkeley-Rede vom März 1951 ein außenpolitisches Programm entwickelt hat, das demjenigen von Eisenhower und Dulles sehr nahekommt. Kurz, wenn die Republikaner wieder an die Macht kommen, dann ist die Gefahr groß, daß die neue amerikanische Regierung mit ihrem «dynamischen» Antikommunismus wirklich ernst macht. Noch ist es zum Glück nicht so weit; Eisenhower müßte schon einen Erdbebenstoß in einigen bisher demokratisch stimmenden Staaten, besonders im Süden, herbeiführen und außerdem die Republikaner geschlossen hinter sich haben, wenn er gewinnen wollte, und das wird auch dann nicht so einfach sein, wenn er die Demokraten noch heftiger als «die Partei der Korruption» anprangert.

Wie nahe aber schon heute die Möglichkeit eines neuen Weltkrieges liegt, das lehrt die amerikanische Kriegführung in Korea, die unter Einsatz verheerender Massenvernichtungswaffen ihre Luftangriffe bis unmittelbar an chinesisches und russisches Gebiet hin vorträgt. «Dies

---

<sup>1</sup> Die amerikanische Depeschenagentur Associated Press zitiert (nach dem «Detroit News» vom 5. September) einen ungenannten osteuropäischen Bauernführer, der, jetzt in den Vereinigten Staaten lebend, gesagt habe, Eisenhower und Dulles hätten grundsätzlich ganz recht, verdürben aber ihre Sache wieder, indem sie von Sabotage (gegen die Sowjetunion und die Volksrepubliken) redeten, bevor sie ins Werk gesetzt sei. «Die Engländer tun es, ohne davon zu reden. Warum kündigen die Amerikaner an, was sie erst tun wollen?»

soll den (russischen und chinesischen) Kommunisten zeigen, daß wir nicht spaßen», sagte Vizeadmiral Joseph Clark, der Kommandant des Siebenten Flottengeschwaders, als er den am 1. September geführten Angriff auf die Erzgruben an der mandschurischen Grenze, dicht vor sowjetischem Gebiet, erläuterte. Und General van Fleet, der Oberbefehlshaber in Korea, wünschte (am 8. Juli), daß «der Krieg gegen den Kommunismus in Korea ausgetragen und gewonnen werde», hinzusetzend, daß «die Angriffe auf den Jalu eine heilsame Wirkung gehabt» hätten, weil sie die Kommunisten eingeschüchtert und die Antikommunisten in Europa ermutigt hätten.

Die amerikanische (und allgemein westmächsliche) Kriegführung in Ostasien ist tatsächlich in einer schwierigen Lage. Nachdem sie sich auf das Korea-Abenteuer eingelassen, Formosa gegen das chinesische Festland abgeriegelt und Japan zum Vasallen gemacht hat, kann sie jetzt weder rückwärts noch vorwärts. Rückzug – das hieße Preisgabe Südkoreas, Formosas, Indochinas und Japans; ein weiterer Vorstoß aber müßte zum offenen Krieg mit China und über kurz oder lang auch mit Rußland führen. Und dafür ist die öffentliche Meinung weder in den Vereinigten Staaten noch in Westeuropa reif. Soll sie also durch Eisenhowers Kreuzzugspropaganda reif gemacht werden? Der Gedanke ist phantastisch, aber vollkommen ernst zu nehmen. «Kein Ausblick», so schreibt der «New Statesman» (6. September),

«könnte für die Welt entsetzenerregender sein als der auf einen amerikanischen Präsidenten, der auf einen Versuch zur ‚Befreiung‘ aller Länder in der Welt festgelegt wäre, die heute unter kommunistischer oder angeblich kommunistischer Herrschaft stehen. Die Unwissenheit und Anmaßung, die in der Vorstellung liegt, daß zum Beispiel die Chinesen und Tibetaner eine Befreiung durch amerikanische Truppen begrüßen würden, ist schauderhaft. Die Aussicht, die durch Eisenhowers Rede eröffnet wird, ist die auf einen Dauerkrieg. Die Folge ist, daß wir uns alle fragen müssen, mit was für Mitteln wir es vermeiden können, das nächste Korea zu werden. So etwas wie einen Befreiungskrieg gibt es heute einfach nicht mehr; das ist nur noch eine grausige Beschönigung für allgemeine Verwüstung, für die Verbrennung der Zivilbevölkerung bei lebendigem Leibe und für die fortwährende Beanspruchung der menschlichen Mittel und Kräfte für Tod und Zerstörung.»

**Verhandeln, nicht rüsten!** Während einiger Hochsommerwochen machte es denn auch fast den Anschein, als schreckten wenigstens die westeuropäischen Regierungen vor dieser Aussicht doch zurück. Die Ausführung des Lissabonner Programms der Nordatlantischen Militärorganisation stieß da und dort auf Schwierigkeiten; in Belgien kam es sogar zum Generalstreik gegen die nach Eisenhowers Wunsch vorgesehene Einführung des zweijährigen Militärdienstes. Aber bald vernahm man die «beruhigende» Versicherung, das Programm werde auf jeden Fall verwirklicht, auch wenn bis Jahresende nicht 50, sondern nur 45 Divisionen bereitstehen sollten. Auch mit der Ratifizierung der Deutschlandverträge ging es vorwärts;

der amerikanische Senat nahm sie widerstandslos an und das britische Unterhaus wenigstens mit den Stimmen der konservativen Mehrheit. Wahrscheinlich werden auch Frankreich, Italien und die kleineren Satelliten Ja sagen, wenn es ihnen schon nicht besonders pressiert. In Westdeutschland aber drückt die Adenauersche Koalition auf rasche Verabschiedung, und die Sozialdemokraten werden dagegen so wenig eine *ernsthafte* Aktion auslösen wie die Gewerkschaften. Europa bekommt dann alle Aussicht auf ein schon wieder hochgerüstetes «Nationaldeutschland», das – neben der Schweiz – die stärkste Militärmacht im Westen würde und seinem Traum eines vom Kommunismus befreiten, dafür der deutschen Kolonisation offenstehenden Osteuropa ein neues Mal nachjagen könnte – im vollen Einklang mit der amerikanischen Befreiungsstrategie . . .

Daß die Sowjetunion sich gegen das ihr zgedachte Los nach Kräften wehrt, ist nur selbstverständlich. Der Notenkrieg um die deutsche Frage geht in der Tat nun schon seit Anfang März hin und her, ohne daß ein positives Ergebnis irgendwie abzusehen wäre. Rußland beharrt auf seinem Standpunkt, daß vor allem eine grundsätzliche Verständigung über die *Neutralisierung*, also Ungefährlichmachung Deutschlands erreicht werden müsse, bevor an die *Einigung* Deutschlands auf Grund freier Wahlen und an den Abschluß eines Friedensvertrages herangegangen werden könne. Die Westmächte ihrerseits wollen die Reihenfolge umgekehrt wissen und verlangen zuerst freie Wahlen, aus denen ein (natürlich antikommunistisches) Gesamtdeutschland hervorgehen müsse, mit dem dann über einen Friedensvertrag zu verhandeln sei, unter ausdrücklicher Freistellung des Anschlusses dieses «demokratischen» Deutschlands an den Westblock. So scheint die Auseinandersetzung festgefahren zu sein und der Kalte Krieg einfach weitergehen zu müssen. Und doch gibt es nur *eine* Wahlmöglichkeit gegenüber der Aussicht auf Weiterrüsten bis zum offenen Krieg: ernsthaft mit der Sowjetunion verhandeln, um die deutsche Gefahr endgültig zu bannen. Gewiß, mit den Russen ist schwierig Kirschen zu essen. Ihr Mißtrauen und ihre Sturheit sind phänomenal. Aber daß sie nicht die Hand zu einer «Lösung» der deutschen Frage bieten wollen, die Deutschland gegen die östliche Welt aufrüsten ließe, darin muß man ihnen vollauf recht geben. Sie sind bereit, einen hohen Preis dafür zu bezahlen, daß Deutschland nicht dem Westblock eingegliedert werde; sind auch die Westmächte bereit, einen Preis zu bezahlen, um die Einigung Deutschlands und das Verschwinden des kommunistischen Regimes in der Ostzone auf friedlichem Weg zu erlangen? Das ist die ganze Frage. An ihrer Beantwortung hängt das Schicksal Europas.

**Ostdeutsche Eindrücke** Aber ich kann diesmal nicht länger bei diesen entscheidungsschwangeren Auseinandersetzungen verweilen. Ich möchte vielmehr, in großer Kürze zwar,

einiges von dem berichten, was ich im Juli in einem Stück Ostdeutschland selbst gesehen und erlebt habe. Durch schweizerische Vermittlung vom (Ost-)Deutschen Friedenskomitee eingeladen, verbrachte ich drei Wochen in Berlin-Ost und seiner weiteren Umgebung. Aber der Aufenthalt dort war größtenteils höchst unerquicklich und enttäuschend. Durch grobe Fahrlässigkeit war versäumt worden, mir rechtzeitig das sowjetische Einreise- und Aufenthaltsvisum zu verschaffen. Und als ich dann aufforderungsgemäß ohne Ostvisum in Berlin ankam, mit dem Flugzeug die Zonengrenze überspringend, verweigerten mir die Russen die Bewegungsfreiheit. Alles, was dank den Bemühungen des Friedenskomitees schließlich erreicht werden konnte, war die Genehmigung zu einem örtlich begrenzten Aufenthalt mit vorgeschriebener Marschroute für die Ausreise. So mußte ich zuerst die Hälfte der Zeit in dem heißen, lärmigen Berlin und dann den Rest in einem Gästehaus des Friedenskomitees an einem der vielen reizenden Seen der Umgebung verbringen, ohne die Möglichkeit, durch Reisen in die «Zone» aus eigener Anschauung mein Wissen über die Deutsche Demokratische Republik (DDR) zu vermehren und zu vertiefen. Auch die aufmerksamste und großzügigste Gastfreundschaft des Friedenskomitees, für die ich dankbar bin, vermochte an diesem Zustand nichts zu ändern. Berlin denkt und Moskau lenkt – das ist die Sachlage. Wenn das Satellitenverhältnis zwischen der DDR und der Sowjetunion schon in solch kleinen Dingen derart ausgeprägt ist, wie mag es dann erst in den großen politischen Fragen und Entscheidungen sein! Ich war auf jeden Fall froh, als ich meine Freiheit wiedererlangt hatte und das schwermütig-ernste brandenburgische und mecklenburgische Tiefland hindurch zur Ostsee und hinüber nach Schweden fahren konnte, zur Konferenz des Internationalen Bundes religiöser Sozialisten in Nyköping . . .

Was sind nun aber die Eindrücke, die mir von diesem Aufenthalt in der DDR geblieben sind? Sie sind – wie es der Natur des Kommunismus überhaupt entspricht – zwiespältiger Art. Auf der einen Seite erhebt und ermutigt einen das Neue, Revolutionäre, Verheißungsvolle, das auch hier in Ostdeutschland aufgebrochen ist; auf der anderen bedrückt und beengt einen so vieles an den *Mitteln*, mit denen diese Revolution arbeitet, insbesondere alles, was auf Diktatur, Polizeistaat und Gesinnungszwang hinausläuft.

Beginnen wir mit dem äußeren Anblick, den das Leben in Ostberlin und seiner Nachbarschaft bietet. Wenn man vom Westen her kommt, so fällt einem natürlich das im ganzen genommen noch niedrigere Lebensniveau auf. Vieles ist noch ungeordnet, einfach, unzulänglich. Der Wohlstand ist noch nicht wieder so sichtbar wie – bei den «oberen» Schichten mindestens – im Westen, freilich auch der Luxus lange nicht so herausfordernd wie dort. Die gesellschaftlichen Unterschiede sind überhaupt weniger ausgeprägt als im Westen, wo die Klassengegensätze gegen früher eher noch verschärft sind. Man muß, um gerecht zu

urteilen, vor allem auch zweierlei stets im Auge behalten: Der Osten von Berlin war von jeher viel industrieller und proletarischer als der Westen mit seinen eleganten Wohnquartieren und Villenstädten, und dazu ist Ostberlin von den Bombenangriffen während des Krieges weit schwerer betroffen worden als die meisten Gegenden Westberlins. Zieht man dies in Betracht, so kann man nicht anders als erstaunt sein über die mächtigen Fortschritte, die der Wiederaufbau und die allgemeine Normalisierung des Lebens in Ostberlin gemacht haben. Jeder Ostberliner hat es miterlebt, wie sich aus dem entsetzlichen Chaos, welches das Tausendjährige Reich zurückgelassen hat, immer sicht- und fühlbarer Ordnung, Lebenssicherheit und Lebensfreude geformt haben. Und was noch wichtiger ist: das Erreichte gibt ihm die feste Zuversicht, daß es auch in Zukunft planvoll und stetig aufwärts und vorwärts gehen wird. Eine weit verbreitete Stimmung des Optimismus und des Glaubens an eine schöne, große Zukunft ist – trotz allem Druck des Diktaturregimes – unverkennbar; und auch der ausländische Besucher steht stark unter dem Eindruck: Hier wird etwas radikal Neues gebaut, eine neue gesellschaftliche Ordnung ist im Werden, eine Lebens- und Gemeinschaftsform, die zwar noch lange nicht Sozialismus ist, aber doch in der Richtung auf den Sozialismus hin geht und ohne gewaltsame Störung von außen sich reich entfalten wird.

**Aufbau und Lebenshaltung** Ein Sinnbild für den Zukunftsglauben, der in der DDR lebt, ist der architektonische Aufbau der *Stalinallee* in Ostberlin, dieses über anderthalb Kilometer langen und 70 Meter breiten Anfangsstückes der geplanten Ost-West-Achse, das über den Alexanderplatz und den zentralen Marx-Engels-Platz nach den Linden und dem Brandenburger Tor weitergeführt werden soll. In der westlichen Presse wird freilich sehr viel Unverständiges, ja Gehässiges über die Stalinallee geschrieben. Der Berliner Korrespondent der «Neuen Zürcher Zeitung» zum Beispiel sah in ihr (4. Juli 1952) ein Symbol für den «Anspruch auf totale Unterwerfung, den der sowjetische Staat an den einzelnen Menschen stellt», und behauptet gar, die Bauten der Stalinallee seien «so angelegt, daß die einzelnen Wohnungen von einem Punkt aus kontrolliert werden können.» Das letzte ist nun von vornherein Unsinn. Wahr ist lediglich, daß alle Wohnungen eines Blocks eine telephonische Hauszentrale haben werden, durch die jede Einzelwohnung erreicht werden kann. Was aber die Stalinallee als angeblichen Ausdruck eines Willens zum Kollektivdasein betrifft, in dem alle Individualität ausgelöscht werden solle, so habe ich in westdeutschen, englischen und amerikanischen Städten Hochhäuser und andere Wohnfabriken gesehen, die mir weit mehr den Eindruck von Massenquartieren ohne Einzelgesicht machten – nicht zu reden von den Arbeiter- und Elendsquartieren in den Städten und Industriegebieten der kapitalistischen Länder, in denen nun wirklich Men-



schentum und Individualität gründlich ausgelöscht sind. Architektonisch und ästhetisch aber finde ich die gegenwärtig ausgeführten Bauten der Stalinallee und die ausgestellten Modelle der ganzen Anlage in ihrer Verbindung von Zweckmäßigkeit und städtebaulichem Eigenstil recht glücklich und ansprechend; sie mögen ganz gut den Durchbruch zu einem neuen deutschen Baustil bedeuten, der an die besten Überlieferungen der deutschen Architektur anknüpft. Wie dem auch sei, in der DDR wird mit leidenschaftlichem Eifer gebaut. Neben Berlin werden jetzt die wichtigsten industriellen und kulturellen Zentren wie Dresden (wo der historische, bombenzerstörte Zwinger peinlich originalgetreu wiederhergestellt werden soll), Leipzig, Magdeburg, Dessau, Rostock usw. mit einem Kostenaufwand von 4,16 Milliarden Mark allein für die Jahre 1951 bis 1955 neu aufgebaut<sup>2</sup>. Dazu kommen die Wiederherstellung und der Neubau von Kraftwerken, Fabriken aller Art, Verkehrsanlagen usw., die in größtem Maßstab geschehen und auf die alle Kräfte in erster Linie verwendet werden.

Meine Beobachtungen über die *Lebenshaltung* des Volkes der DDR beschränken sich in der Hauptsache auf Ostberlin und einen Teil der benachbarten Zone. Das Gesamtbild ist nicht ungünstig; die Menschen sehen recht genährt und gekleidet aus, wenn auch vielfach nicht im selben Maß wie im Westen. Zu haben ist jedenfalls wieder fast alles, außer reiner Wolle, guten Schuhen, soliden Stahlwaren, Kakao u. dgl. Anderes ist nur oder meistens in schlechter Qualität verfügbar, während beispielsweise Porzellan (Meißen!), Trikotagen, Glaswaren, optische Apparate (Zeiß!) usw. besser als im Westen sind. In den heißen Julitagen fehlte es auch sehr an alkoholfreien Getränken, wie überhaupt der Mangel an guten Gaststätten sehr fühlbar ist.

Was kann sich aber der Durchschnittsbürger der DDR von den verfügbaren Waren tatsächlich kaufen? Die gutbezahlten Beamten und Funktionäre in Verwaltung, Partei und Gewerkschaften wie auch die regimetreuen Intellektuellen aller Art vermögen sich natürlich so ziemlich alles zu leisten, und das ist eine schon recht breite Schicht. Auch für die Jugend wird mehr als ausreichend gesorgt. Daß die bäuerliche Bevölkerung keinen Mangel leidet, erscheint selbstverständlich. Die Großzahl der Arbeiter und Arbeiterinnen ist so entlohnt, daß sie sich recht ernähren und kleiden kann; die Aktivisten und die übrigen besonders gut qualifizierten Arbeiter leben sogar in eigentlichem Wohlstand. Sozusagen alle Arbeiter beziehen für die noch rationierten Lebensmittel

---

<sup>2</sup> Im «Aufbau» (Nr. 33) glossiert Oswald Zienau dieses Aufbauwerk auf ausgesucht hämische Art. Von Dresden redend, schließt er seinen Artikel mit dem Satz: «Das ‚deutsche Moskau an der Elbe‘ wird auch die letzten Spuren des einstigen Kultur- und Kunstzentrums Dresden auslöschen und dafür seine Bewohner endgültig in die Fesseln der Parteiherrschaft und mit dem Elend der Lebensdürftigkeit schlagen, doch wenigstens ihnen das Marschiererglück bescheren ...» So kann man natürlich gar alles herunterreißen!

(Fleisch, Butter und andere Fette, Zucker) Zusatzkarten in verschiedener Abstufung, die zu normalen, möglichst tief gehaltenen Preisen eingelöst werden können; weitverbreitet sind auch die gemeinsamen verbilligten Mahlzeiten in den Betrieben.

All die übrigen Menschen jedoch, die ein geringes Einkommen haben und (oder) nur einfache Zusatzkarten beziehen – und ihrer ist, auch in den früher besser bewerteten Berufen, eine sehr große Zahl –, sind, ohne gerade Not zu leiden, ungenügend ernährt und bekleidet. Mit einer Butter- und Fettration von monatlich 1350 Gramm, also 45 Gramm täglich, ist nach unseren Begriffen nicht auszukommen. Auch die Fleischration, die zugleich für Fische und Eier reichen muß, ist gänzlich ungenügend. Was über die Ration hinausgeht, muß in den HO-Läden (Verkaufsstellen der staatlichen Handelsorganisation) gekauft werden, und da stehen die Preise gewöhnlich um ein Vielfaches höher als im «gebundenen» Kleinhandel. Milch auf Marken zum Beispiel kostet an einem bestimmten Ort 34 Pfennig, im HO 2 Mark, Fleisch mittlerer Güte 1,50 Mark (500 Gramm), im HO 12 Mark, Wurst (125 Gramm) 45 Pfennig auf Karte, 2,20 Mark im HO. In den HO-Gaststätten sind im allgemeinen die Unterschiede geringer; immerhin bezahlte ich zum Beispiel einmal in einem solchen Restaurant für ein Morgenessen, bestehend aus einem Kännchen Kaffee, einer winzigen Portion Milch, 10 Gramm Butter, 20 Gramm Konfitüre, einem (nicht frischen) Ei und zwei Brötchen 3,40 Mark<sup>3</sup>.

Bei all dem muß freilich zweierlei festgehalten werden. Einmal: In Ostberlin gibt es keine Arbeitslosen, wohl aber Mangel an Arbeitskräften. In Westberlin zählt man ohne die Flüchtlinge aus dem Osten über 200 000 Arbeitslose, die übrigens vielfach gar kein Bedürfnis nach Arbeit haben, setzen sie doch ihre Arbeitslosenunterstützung größtenteils in Ostmark um, mit denen sie dann für einen Bruchteil des Westpreises im Ostsektor Lebensmittel kaufen, so wie auch viele andere Westberliner den Kursunterschied (eine Westmark gleich etwa vier Ostmark) dazu benützen, sich mit Bedarfsgegenständen aller Art in Ostberlin einzudecken. Sodann: Die ostdeutsche Planwirtschaft hat es erlaubt, in den

<sup>3</sup> Die HO-Läden dienten ursprünglich dazu, die überschüssige Kaufkraft der damaligen Oberschicht abzuschöpfen, durch Anlockung zum Kauf begehrter, aber knapper Waren, die teuer bezahlt werden mußten. In dem Maße, wie die Versorgung reichlicher wird – und ein Gang durch das große HO-Kaufhaus am Berliner Alexanderplatz zeigt, wie reichlich sie bereits ist –, fällt diese Zweckbestimmung weg; die HO-Preise werden in die Senkungsaktionen einbezogen und müssen mit denjenigen der Privatgeschäfte und der Konsumgenossenschaften konkurrieren. Geblieben ist im wesentlichen die Überteuerung gewisser Lebensmittelpreise, und das ist unsozial, zwingt es doch die Geringbemittelten, für Mangelwaren, die aber lebensnotwendig sind, schmerzhaft hohe Preise zu bezahlen, während die zahlungskräftigen Schichten den Preisunterschied kaum spüren. Die HO-Gaststätten sind übrigens häufig überfüllt; ihre Besucher stammen aus allen Kreisen. — Bemerkenswerterweise dringt die staatliche Handelsorganisation immer stärker auch in das Gewerbe ein. HO-Hutläden, -Buchbindereien usw. sind keine Seltenheit mehr.

letzten paar Jahren etwa ein Dutzend Preissenkungen vorzunehmen, die die Lebenshaltung der Bevölkerung spürbar gehoben haben. Es besteht aller Grund zu der Annahme, daß diese Bewegung weitergehen und die Versorgung mit Lebensmitteln, Kleidern und Schuhen, mit Wohnraum, Haushaltartikeln usw. immer reichlicher werden wird<sup>4</sup>. Auch die Leistungen der öffentlichen Hand, wie unentgeltliche Lehrmittel, Ferienversorgung besonders für die Kinder, billige Theater- und Konzertkarten, werden immer weitere Volkskreise erfassen und mithelfen, im Vergleich zum Westen die Versorgungslage für die breiten Verbraucherschichten zugunsten Ostdeutschlands zu verschieben.

**Planwirtschaft** Noch ist die durchschnittliche Lebenshaltung in der DDR unzweifelhaft niedriger als im Westen – ein Hauptgrund für die bis zu den jüngsten Sperrmaßnahmen recht starke Abwanderung aus dem Osten. Dennoch halte ich im ganzen die Wirtschaft der DDR für gesünder als diejenige der Bundesrepublik, deren Kapitalismus auf die Länge nicht lebensfähig ist und nur durch die Einpumpung amerikanischer Milliarden und durch Roszkuren wie die sogenannte Währungsreform zu einer vorübergehenden Scheinprosperität gebracht worden ist. Die ostdeutsche Wirtschaft andererseits ist wohl durch die riesigen Wiedergutmachungsleistungen an die Sowjetunion entkräftet worden, wird nun aber unter zentraler Planung umfassend und verheißungsvoll zum Dienst am Gesamtvolk entwickelt. Jede Steigerung der Produktionskraft, jede Verbesserung der Arbeitsmethoden, jeder Fortschritt in Handel und Verkehr kommt – wenn auch nicht immer sofort – der Hebung der Lebenshaltung zugute und wird nicht vom Gewinnstreben des «freien Unternehmertums» aufgesaugt, wie dies in der kapitalistischen Wirtschaft weithin der Fall ist. Und die Produktionskraft wird sich stärker und stärker entfalten. Die industrielle Erzeugung soll bis 1955 auf fast das Doppelte des Standes von 1950 gebracht werden, wobei der Nutzbarmachung der Bodenschätze besonders große Aufmerksamkeit gewidmet wird, und die bisherigen Ergebnisse des Fünfjahresplanes, der in den meisten Industriezweigen gut erfüllt wurde, sprechen durchaus dafür, daß das Ziel erreicht wird, sofern die DDR friedlich-normal weiterarbeiten darf. Die «volkseigenen», also sozialisierten Unternehmungen spielen dabei natürlich eine entscheidende Rolle.

Ähnliches gilt von der Landwirtschaft. Anbaufläche, Düngemittel, Ernteerträge, Milcherzeugung usw. werden planmäßig vermehrt; die Milcherzeugung zum Beispiel ist im ersten Vierteljahr 1952 gegenüber dem Vorjahr um 29 Prozent und der Milchertrag je Kuh um 14 Prozent

---

<sup>4</sup> Im ersten Vierteljahr 1952 wurden im privaten Kleinhandel um 17 Prozent höhere Umsätze erzielt als während der gleichen Zeit des Vorjahres, in den HO-Läden sogar um 44 Prozent höhere, trotz den fünf Preissenkungen des Jahres 1951.

gestiegen. Die volkseigenen, meistens durch die Zerschlagung des Großgrundbesitzes geschaffenen Güter werden immer stärker zu Musterbetrieben entwickelt, die zu Mittelpunkten des wissenschaftlichen und technischen Fortschrittes auf dem Land werden. Den selbständigen Bauern dient daneben das Netz der Maschinenausleihstationen, das über das ganze Land hin gebreitet liegt; der Wirtschaftsplan soll im übrigen den Bauern den Absatz ihrer wachsenden Produktion durch eine abgestufte staatliche Erfassung sichern, wobei dank der Steigerung der Arbeitsergiebigkeit laufend größere Produktemengen für den eigenen Verbrauch und den freien Verkauf zur Verfügung bleiben sollen.

Für die Forstwirtschaft sieht der Plan vor, daß bis 1955 320 000 ha Kahlfelder aufgeforstet und 200 000 ha verlichtete Waldbestände mit Unter- und Voranbau ausgestattet werden sollen.

Wie sich in der Praxis die Entwicklung der Landwirtschaft auf dem Boden des ehemaligen Großgrundbesitzes gestaltet, entzieht sich meiner Kenntnis. Auf alle Fälle aber ist die Aufhebung des Großgrundbesitzes eine der stärksten Leistungen der Deutschen Demokratischen Republik. Ich habe inmitten der märkischen Landschaft Fontanes Altersroman «Der Stechlin» gelesen, dessen Schauplatz ja gerade hier in der Nähe liegt. Diese ganze Welt der adligen Junker des brandenburgischen Kerngebietes und mit ihr die feudale Wirtschaft und Gesellschaft Ostelbiens überhaupt, die in der deutschen und europäischen Geschichte eine so verhängnisvolle Rolle gespielt hat, sie ist heute verschwunden und versunken, und Friedrich Naumanns Losung: «Bauerngut an Bauerngut bis an die russische Grenze» ist buchstäblich erfüllt. Welch eine Wendung durch die Tatkraft der DDR! Die Weimarer Republik, aus der «Revolution» von 1918 erwachsen, war nicht imstande, mit dem Großgrundbesitz aufzuräumen, der dann auch – mit den andern Unheilskräften – Deutschland planmäßig in den Nazismus und den Zweiten Weltkrieg hineintrieb. Was blieb den Schöpfern des neuen ostdeutschen Staates anderes übrig, als die Enteignung des Großgrundbesitzes diktatorisch zu vollziehen (nur in Sachsen, soviel ich weiß, fand darüber eine Volksabstimmung statt), nachdem die Demokratie so katastrophal versagt hatte?

Die Sozialisierung der ostdeutschen Industrie wird vermutlich auf ähnliche Weise vor sich gehen, und die Westdeutschen, die mit ihrer ganzen «Freiheit» ihre Schwerindustrie, die große Gönnerin Hitlers, nicht haben dem Volke dienstbar machen können, vielmehr deren Herrschaft sich nach dem Krieg erst recht befestigen ließen, haben zu allerletzt Ursache, sich darüber zu beklagen. Mögen sie doch mit ihrer Art Demokratie die soziale Revolution besser vollziehen als es nun die ostdeutschen Kommunisten tun! In der DDR hofft man jedenfalls, die soziale Planwirtschaft zu einem derartigen Erfolg zu machen, daß Ostdeutschland auf den Westen nicht mehr abschreckend, sondern mehr und mehr anziehend wirken werde, während gleichzeitig der westliche

Kapitalismus immer deutlicher versage und zerfalle. Und das bisher Erreichte berechtigt in der Tat zu der Erwartung, daß, wie es sich der Fünfjahrplan zum Ziel setzt, Ende 1955 die Vorkriegslebenshaltung der Bevölkerung wieder erreicht, ja überschritten sein wird.

**Arbeitsbedingungen** «Möglich», so erwidert man uns wohl, «aber um welchen Preis! Baut sich nicht die ganze ostzonale Wirtschaft auf ärgster Ausbeutung, Unfreiheit und Rechtlosigkeit der Arbeiter auf?» Daß dem wirklich so sei, behaupten namentlich unsere Sozialdemokraten und die ihnen nahestehenden Gewerkschafter<sup>5</sup>. Ich bedaure es darum besonders lebhaft, daß ich nicht auf Grund eigenen Augenscheins und eigenen Nachforschens in Industriebetrieben und bei Gewerkschaften zu diesen Anklagen Stellung nehmen kann, vielmehr auf allgemein zugängliche Informationsquellen angewiesen bin. Von vornherein ist indessen doch zu sagen, daß in einer Wirtschaft, die auf den Sozialismus oder auch nur auf Planung und Lenkung der Produktion ausgerichtet ist, den Gewerkschaften selbstverständlich eine wesentlich andere Aufgabe zukommt als in der kapitalistischen Profitwirtschaft. Jetzt führen nicht mehr «freie Gewerkschaften» ihren täglichen Kampf mit einem «freien Unternehmertum» um mehr Lohn, bessere Arbeitsbedingungen und vermehrte Mitsprache; jetzt sind die Gewerkschaften vor allem Organe der Wirtschaftspolitik selber, dazu berufen, die Leistungsfähigkeit der geplanten Produktion nach Kräften zu steigern, die Arbeiter und Angestellten am Erfolg der Wirtschaftsführung zu interessieren und andererseits mitzuhelfen, daß Willkür und Unfähigkeit, daß Mißbräuche aller Art, wie sie besonders bei jungen Betriebsleitungen nur zu nahe liegen, abgestellt und überwunden werden. Daß die Gewerkschaftsfreiheit im alten Sinn, wie sie das Ideal der meisten Gewerkschaftsführer in der kapitalistischen Gesellschaft ist, dabei oft zu kurz kommt, muß unbedingt zugegeben werden; aber die Kritiker der neuen Rolle der Gewerkschaften müßten eben auch angeben, wie sie eine wirtschaftliche Revolution von der Art, wie sie zum Beispiel in der DDR notwendig geworden ist, durchführen würden, ohne den hergebrachten Gewerkschaftsrechten zu nahe zu treten. Der Verdacht ist kaum abzuweisen, daß diesen Leuten die Gewerkschaftsfreiheit vor allem darum so am Herzen liegt, weil sie die wirtschaftliche und soziale Revolution im Ernst eben gar nicht wollen. Damit

---

<sup>5</sup> Siehe zum Beispiel die von der Sozialdemokratischen Partei Basel-Stadt als Flugschrift verbreitete Rede von F. Schneider: «Die Söldner Stalins gehören nicht in den Staatsdienst», worin die «bolschewistische Sklaverei» in der Deutschen Demokratischen Republik besonders heftig angegriffen wird; ferner der Leitartikel im «Volksrecht» vom 26. August 1952 über die «Ausbeutung und Entrechtung der Arbeitnehmer», die Unterdrückung der freien Gewerkschaften, die Abschaffung der Betriebsräte usw., auch zwei Artikel von M. Bardach im «Aufbau» (über die Opposition gegen die Gesamtarbeitsverträge, die Frauenarbeit, die Leistungsprämien usw.).

ist keineswegs einfach gerechtfertigt, was an Einbrüchen in die Freiheits- und Menschenrechte der Arbeiter durch kommunistische Wirtschaftsplaner alles geschieht; aber die Mißbräuche, Fehler und Ungerechtigkeiten, die hier vorkommen, gewinnen doch ein anderes Gesicht, wenn man sie in ihren größeren Zusammenhängen betrachtet. Und sicherlich hat Dr. G. R. Barker vom Forschungsinstitut für sowjetische Einrichtungen an der Universität Birmingham Recht, wenn er meint: «Soll das weitverbreitete Ideal einer vollgeplanten Wirtschaft jemals anderswo verwirklicht werden . . . , dann werden die Hauptprobleme der Planung und der Gestaltung der menschlichen Beziehungen, wie sie sich in der Sowjeterfahrung enthüllt haben, neuerdings auftreten, und die Art und Weise, wie die Sowjets an die Lösung einer Anzahl von ihnen herangegangen sind, wird eine aufschlußreiche Lehre bieten.» («Political Quarterly» Januar-März 1952, S. 94.)

Daß manche Anschuldigungen, die gegen die Arbeitsbestimmungen in Ostdeutschland erhoben werden, tendenziös übertrieben, ja unwahr sind, daran habe ich ohnehin keinen Zweifel. Man liest bei uns zum Beispiel immer wieder von sklavenmäßigen Zuständen, die in den Uranbergwerken Sachsens herrschen sollen. Zufällig traf ich in Berlin eine Abordnung von Bergarbeitern aus der Zwickauer Gegend, die die Verhältnisse beim Abbau der Uranerze genau kennen. Aber diese Männer, die für Schönfärber zu halten ich keinen Anlaß habe, versicherten mir übereinstimmend, daß eher das Gegenteil dessen zutrefte, was da behauptet wird. Die Uranförderungsstätten liegen in einem Gebiet, das früher durch sein Heimarbeiterelend nur allzugut bekannt war; heute sieht man dort aufblühende, moderne Industriedörfer mit guten Löhnen und normalen Arbeitsbedingungen, wenn auch in der ersten Nachkriegszeit nicht selten Zwangseinweisungen arbeitsscheuer, asozialer Typen vorgekommen seien. Die eigenen Löhne der erwähnten Bergarbeiter erreichen im Durchschnitt 500 Mark im Monat bei einem Existenzminimum von etwa 300 Mark für eine vierköpfige Familie. Viele Arbeiter kommen durch Leistungsprämien und dergleichen bedeutend höher, bis zu 1000 Mark.

Daß die Frauenarbeit in der DDR weiter verbreitet ist als im Westen, ist richtig, und das ist gewiß oft ein arger Schaden. Andererseits ist das Bestreben unverkennbar, die Arbeitsbedingungen (wie es im Gesetz heißt) «den physischen Besonderheiten der Frau anzupassen». Dazu kommt, daß ein Netz von Fürsorgeeinrichtungen zum Schutz von Gesundheit und Leben der Frauen und Kinder – wie natürlich auch der Männer – besteht. Zahlreiche Betriebe haben vorbildliche sanitäre Einrichtungen, die besonders den Frauen zugutekommen; andere erleichtern der Frau ihre Aufgabe als Mutter und Hausfrau durch Werkküchen, Nähstuben, Schuhreparaturwerkstätten, Waschanstalten, Badeeinrichtungen usw. Dazu kommen die vielen neuen Kinderkrippen, Kindertageshorte, Beratungsstellen für Mütter und Kinder, Kinderspitäler usw.,

die Fürsorgemaßnahmen für Schwangere und Stillende, die Erholungsheime, die Sanatorien und Sozialheime. Im ganzen ist wohl die Stellung der Frau in der DDR würdiger als in den kapitalistischen Ländern, zumal der Grundsatz «Gleicher Lohn für gleiche Leistung» folgerichtig durchgeführt wird und den Frauen grundsätzlich alle Berufe offenstehen, in voller Gleichberechtigung mit dem Mann. Nicht zu sprechen von den politischen Frauenrechten, auf deren Stand in unserer «demokratischen» Schweiz wir wahrlich nicht stolz sein können . . .

Unverständlich ist, daß kürzlich im «Volksrecht» (Nr. 200) von einem «zunehmenden Lohndruck», ja von einer «allgemeinen Lohnsenkung» für die Arbeiter der DDR gesprochen wurde. Das Gegenteil ist ja wahr: die Löhne sind im Juni dieses Jahres vor allem für qualifizierte Arbeiter in den wichtigsten Industriezweigen wesentlich erhöht worden, im Bergbau zum Beispiel um 13 bis 97,4 Prozent, in der Metallindustrie um 8,8 bis 50 Prozent, in der Chemie um 6,8 bis 38,3 Prozent, bei den Eisenbahnen um 6,6 bis 29,4 Prozent. Nach dem Fünfjahresplan sollen die Löhne Ende 1955 in der Industrie durchschnittlich um 20 Prozent höher stehen als 1950. Die Löhne der Meister in den volkseigenen Betrieben sind durch das Gesetz vom 28. Juni 1952 noch stärker erhöht worden, im Kohlenbergbau zum Beispiel um 56,8 bis 66,9 Prozent; sie betragen jetzt tarifmäßig im Steinkohlenbergbau 475 bis 888 Mark im Monat, in der Bauindustrie 370 bis 685 Mark, in der Textilindustrie maximal 635 Mark, in der Metallurgie 900 Mark. Dazu kommen immer noch die Sonderzulagen für außerordentliche Leistungen.

Diese Sonderzulagen sind es nun freilich, die entschieden zur Kritik herausfordern. Gewiß, die neuen Arbeitsantriebe, die in einer sozialistischen Wirtschaft wirken müssen – die Freude und der Stolz, nicht mehr für fremden Gewinn, sondern für den eigenen Aufstieg zu arbeiten –, können nur langsam zur Geltung kommen, und gegen eine Abstufung der Löhne entsprechend der Leistung ist darum, sofern das in vernünftigen Maße geschieht, vorderhand nicht viel einzuwenden. Aber eben – an diesem vernünftigen Maße fehlt es in der DDR weithin. Die Spitzengehälter für Wissenschaftler, Ingenieure und Techniker betragen jetzt in 1000 Fällen bis zu 2000 DM monatlich, in 500 Fällen bis 3000 DM und in weiteren 500 Fällen bis 4000 DM monatlich. Für besonders hervorragende Spezialisten sind 100 Gehälter bis zu je 5000 DM im Monat festgesetzt, 50 Gehälter bis 7500 DM, 50 Gehälter bis 10 000 DM, 30 Gehälter bis 12 500 DM und 20 Gehälter gar bis zu je 15 000 DM im Monat. Ich habe über diese Lohnpolitik viel mit Kommunisten gesprochen; sie fanden es durchaus in der Ordnung, daß Forschern und Technikern, die der Volkswirtschaft Millionenwerte einbringen, ein Luxusleben wie nur irgendeinem westlichen Millionär ermöglicht werde, da er ja sein Einkommen durch eigene Arbeit, nicht durch Ausbeutung fremder Arbeitskraft gewinne und es auch nicht in irgend welchen kapi-

talistischen Unternehmungen zum Schaden der Volksgesamtheit anlegen könne<sup>6</sup>. Allein die Tatsache bleibt eben doch, daß hier an Geldgier und Genußsucht appelliert wird, an Triebe also, die zu den stärksten in der kapitalistischen Gesellschaft wirkenden gehören, und daß die sittlichen Grundlagen des Sozialismus damit aufs gefährlichste geschwächt werden, während vermeintlich die materielle Leistungsfähigkeit der neuen Wirtschaft erhöht wird. Ähnliches gilt, in geringerem Grade freilich, für die Prämien, Auszeichnungen und Zulagen, die den «Aktivisten», «verdienten Aktivisten», «Helden der Arbeit» usw. verabfolgt werden; der Appell an den Eigennutz muß seine bestimmten Grenzen haben, auch wenn die Leistungssteigerung nicht zu übermäßiger Beanspruchung der körperlichen Kräfte führt und die höhere Arbeitsergiebigkeit, wie es Grundsatz ist, nur durch bessere Arbeitsmethoden – vermehrte Rationalisierung und Mechanisierung der Arbeit – erreicht wird. Hier ist noch sehr viel zu ändern – selbst wenn es auf Kosten der vorläufigen Produktionssteigerung gehen müßte!

**Volksbildung** Viel Erfreuliches wäre über die Volksbildung in der DDR zu berichten, um deren Erforschung ich mich besonders bemüht habe; die Raumnot zwingt mich indessen auch hier zu äußerster Knappheit.

Was wohl jedem unbefangenen Beobachter des Schulwesens in der DDR in die Augen fällt, das ist: Hier wird in großem Stil wirklich Ernst gemacht mit einer neuen, menschheitlich und sozialistisch ausgerichteten Erziehung. Die alte Standes- und Klassenschule ist verschwunden; an ihre Stelle ist die demokratische Einheitsschule getreten, aufgebaut auf der achtjährigen Grundschule, deren vier obere Jahrgänge den Stoff vermitteln, der früher den vier ersten Jahren der Mittelschulen, also nur etwa zehn Prozent aller Kinder, vorbehalten war. An die Grundschule schließt sich die vierjährige Oberschule an, die zur Matura führt, oder aber die dreijährige Berufsschule, von der aus durch Fachschulen oder Abendkurse ebenfalls die Hochschulreife erlangt werden kann. Beihilfen aller Art sorgen dafür, daß kein Kind bloß aus finanziellen Gründen am Besuch einer weiterführenden Schule verhindert wird. Ähnliches gilt von den Hochschulen, die jetzt auch und gerade den Studierenden aus den weniger bemittelten Volksschichten offenstehen.

Besondere Aufmerksamkeit wird der Berufsbildung geschenkt. Bis 1955 sollen 1,1 Millionen hochqualifizierte Facharbeiter und -arbeiterinnen ausgebildet und der Wirtschaft zugeführt werden, wobei neue

---

<sup>6</sup> Einer der bekanntesten Literaten der DDR beispielsweise besitzt am Scharmützelsee eine «Traumvilla» mit Park, Gärtner, Chauffeur und Dienerschaft, mit Segeljacht, Auto und allem sonstigen Zubehör. Ob die besten Schaffenskräfte dieses Mannes in solchem Genußleben nicht doch bald versiegen?



Methoden der Schulung in enger Verbindung mit der Praxis angewandt werden.

Die Leistung der DDR auf dem Gebiete der öffentlichen Erziehung erscheint um so größer, wenn man bedenkt, daß hier sozusagen alles von Grund auf neu aufgebaut werden mußte. In Berlin zum Beispiel waren bei Kriegsende 30 Prozent aller Schulen zerstört oder schwer beschädigt; andere Schulhäuser beherbergten Spitäler, Verwaltungsämter usw. Heute sind die Raumschwierigkeiten so ziemlich überwunden, vor allem dank den außergewöhnlich reichen Mitteln, die die Republik der Schule zuführt. Ostdeutschland gibt tatsächlich mehr als doppelt soviel für sein Schulwesen aus als der wohlhabendere, von Amerika großzügig unterstützte Westen Deutschlands. Im Fünfjahrplan sind die Ausgaben für Volksbildung und Kultur gegenüber 1950 um 48 Prozent erhöht. Dementsprechend können auch die Schulklassen erstaunlich niedrig gehalten werden, entfällt doch in der DDR schon auf durchschnittlich 38 Schüler eine Lehrkraft (gegen 50 oder 60, wenn nicht mehr Schüler in Westdeutschland). Die Zahl der Lehrkräfte für die allgemeinbildenden Schulen und die Berufsschulen soll bis 1955 von rund 88 000 auf 114 000 erhöht werden.

Natürlich bereitete die Gewinnung neuer Lehrkräfte nach dem Krieg die größten Schwierigkeiten, wurden doch im Zuge der Entnazifizierung etwa 60 000 Lehrer entlassen und in die Fabriken und Bergwerke geschickt. Im ganzen ist aber das Experiment der Heranbildung von Neulehrern doch geglückt. Viele Neulehrer, die aus anderen Berufen herkamen, haben sich sogar als außerordentlich begabte und fähige Erzieher erwiesen; einer der besten Schulleiter in Ostberlin beispielsweise war früher Bauschlosser. Der Aufstieg der Begabten ist in der DDR überhaupt planmäßig und mit Erfolg erleichtert worden. Viele Werkdirektoren sind aus der Arbeiterschaft hervorgegangen; der Leiter des großen HO-Kaufhauses in Berlin war ehemals Schlosser, andere Inhaber verantwortlicher Stellen schlugen sich bis Kriegsende als kleine Angestellte durchs Leben – und so fort. Die Demokratisierung der Wirtschaft und des Staates empfängt von hier aus fortlaufend die stärksten Antriebe.

Auch die materielle Lage der Lehrkräfte ist unter dem neuen Regime wesentlich verbessert worden. Die Lehrergehälter stehen für die Grundschulen um 900 bis 1400 DM jährlich höher als die entsprechenden Gehälter in Westdeutschland.

Großen Eindruck hat mir ein Besuch im Verlagsgebäude von «Volk und Wissen» gemacht, aus dem in fünf Jahren über 80 Millionen Schulbücher, 146 Millionen Lehrhefte und 25 Millionen sonstiger Hilfsmittel für Unterricht und Studium ins Land hinausgegangen sind. Die Schulbücher spiegeln alle den neuen Geist wider, der die Schule der DDR erfüllt, und können auch pädagogisch und methodisch für viele Länder

als Vorbild gelten; die Erstklassfibel («Lesen und Lernen») ist in dieser Beziehung ein Meisterwerk<sup>7</sup>.

Was sonst noch alles zur geistigen und körperlichen Förderung der Jugend geschieht, kann hier nicht einmal angedeutet werden; vom «Haus der jungen Pioniere» in Berlin, das ich mit wachsender Bewunderung durchschritt, war bereits im letzten Heft der «Neuen Wege» (Seite 282) die Rede. Hingegen muß doch noch der allgemeinen Volksbildungsarbeit gedacht werden, die in der DDR geleistet wird. Für die Verbreitung der Güter von Kunst und Wissenschaft wird ganz außerordentlich viel getan. Klub- und Kulturhäuser, Theater- und Konzertveranstaltungen, Volksbibliotheken, umfassender Literaturvertrieb, Vortragsdienst und ähnliche Einrichtungen legen davon eindrucksvolles Zeugnis ab. Dabei fällt namentlich auch eines immer wieder auf: Die Schmutz- und Schundliteratur, mit der zum Beispiel Westdeutschland geradezu überschwemmt ist (man sehe sich etwa einen beliebigen Zeitungskiosk an) und die solche Verheerungen unter der Jugend anrichtet, fehlt hier vollständig. Desgleichen sind die Kinofilme von beispielhafter Sauberkeit und Gesundheit – ein kaum hoch genug zu veranschlagender Vorzug gegenüber der Art von Volksunterhaltung und -belehrung, die die westliche «Kultur» hervorgebracht hat.

Bei all dem muß aber stets eine Tatsache im Auge behalten werden: Die Leistungen der DDR auf dem Gebiete der Erziehung und Volksbildung sind eng verknüpft mit der Einrichtung der spezifisch kommunistischen Lebensanschauung und Gesellschaftsauffassung. Wer sich da nicht fügt, muß es büßen; der Aufstieg der Begabten findet an der unbedingten Notwendigkeit der Selbstgleichschaltung mit der offiziellen Denkweise seine feste Grenze. Die obersten Leiter des Schul- und Volksbildungswesens mögen weitherziger sein – einer der maßgebenden Pädagogen der DDR ließ das mir gegenüber deutlich erkennen –; die tägliche Praxis wird auch hier von den Parteifunktionären beherrscht, die rücksichtslos die kommunistische Doktrin durchsetzen. Und es sind gewiß nur wenige junge Menschen, die diesem Druck zu widerstehen vermögen und die zum Beispiel nach dem Westen abwandern, weil sie nicht in die Oberschule aufsteigen können, ohne der (kommunistischen) Freien Deutschen Jugend beizutreten, oder die es riskieren, von der Hochschule entfernt zu werden, weil sie weltanschaulich nicht «zuverlässig» sind – auch wenn sie durchaus positiv zur sozialen Revolution stehen. Die DDR ist hier mit einer schweren Hypothek belastet, die nicht schnell genug abgelöst werden kann.

<sup>7</sup> Prächtig sind auch die Schulatlanten. Nebenbei: der Atlas für die westdeutschen Schulen (ich sah einen solchen in Hamburg durch) enthält zwar Karten von Frankreich, England, Skandinavien und jedem anderen wichtigeren europäischen Land, nicht aber eine Karte der Sowjetunion. Die Existenz eines Landes, genannt Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, wird von den Herausgebern dieses Atlas einfach nicht zur Kenntnis genommen. Ein wirklich bemerkenswertes Weltbild, das da die westdeutschen Kinder bekommen! Wie steht es wohl mit ihren Geschichtsbüchern?

Auch die Religionsfreiheit stößt in der DDR auf sehr enge Schranken. Unbequeme Gemeinschaften werden unter dem Vorwand, sie trieben im Auftrag des Westens Spionage und Sabotage, einfach verboten. (In mindestens *einem* Fall kann ich die Hand ins Feuer legen, daß die Beschuldigung der Agententätigkeit oder politischen Opposition unwahr ist.) Die noch anerkannten Kirchen aber dürfen von der christlichen Botschaft her keinerlei kritische Haltung gegenüber dem Regime einnehmen. Das ist ein schwerer Schaden; da indessen die Kirchen im großen ganzen früher keine grundsätzliche Gegnerschaft gegen Kapitalismus, Militarismus und Nationalismus bekundet haben, vielmehr zuverlässigste Stützen der herrschenden Ordnung gewesen sind, so haben sie jetzt auch kein Recht, im Namen der Gewissensfreiheit aufzubegehren, wenn der kommunistische Staat die Revolution, die sie im Namen Christi hätten vorbereiten sollen, aber nicht vorbereitet haben, im Namen Marxens und Lenins vollzieht und die Religionsgemeinschaften auf ihren «Kirchenraum» beschränkt.

**Diktatur** Wir stoßen damit von selber auf die Frage der *Diktatur* als des Hauptwerkzeuges der gesellschaftlichen Revolution, die in der DDR im Gang ist. Denn die DDR ist ein Diktaturstaat, und wahrlich kein zimperlicher! Die harmloseste Form der Diktatur ist noch die Propaganda, die einen auf Schritt und Tritt schreiend, aufdringlich, gebieterisch anfällt. Wenn dann vollends eine große politische Sache aufgezogen wird wie die Tagung des Weltfriedensrats oder die darauf folgende II. Konferenz der SED (Sozialistische Einheitspartei), die in die Zeit meines Aufenthaltes fiel, dann wird der Ansturm der Propagandaschlagworte und der von den Massenkundgebungen ausgehenden Suggestion fast erdrückend, freilich auch schnell abstumpfend. Als Trägerin dieses ganzen Volksbeeinflussungsapparats und als eine der Hauptstützen des Regimes überhaupt nimmt «Die Partei» eine überragende, führerhafte, fast gottähnliche Stellung ein. Mir wurde das besonders deutlich bei einer Versammlung, an der eine Reihe der ersten Schriftsteller Ostdeutschlands über ihr inneres Verhältnis zur Partei zu sprechen hatte. Sie taten das alle, mit Ausnahme vielleicht von Anna Seghers, in einer beinahe religiösen, mystischen Art, die aber durchaus ehrlich und glaubhaft wirkte.

Die beiden anderen Hauptstützen des Regimes sind Polizei und Justiz, mit der übrigens kaum sichtbaren sowjetischen Besatzung im Hintergrund. Ihre zentrale Aufgabe ist, politisch gesehen, die Niederhaltung jeder irgendwie als gefährlich erachteten Opposition gegen den neuen Staat, und sie besorgen das wirklich energisch und gründlich. Auch die bloße Überwachung der Haltung und Meinungsäußerung der Bürger ist sehr planmäßig ausgebaut, bis hin zu scheinbar unverfänglichen Hausbesuchen, die «unsichere Kantonisten» von Zeit zu Zeit erhalten . . .

Was mich persönlich am meisten bedrückte, das war – neben der

Behinderung meiner Bewegungsfreiheit – die weitgehende Absperrung von den Informationsquellen, an die ich mich ein Leben hindurch gewöhnt habe und die mir schlechterdings unentbehrlich sind, sofern ich nicht auf die Möglichkeit einer freien Urteilsbildung einfach verzichten will. Selbständige Meinungsbildung – das ist für das gewöhnliche Volk der DDR in der Tat unmöglich. Presse, Literatur, Radio, Lehre, Forschung usw. sind so gelenkt, daß im wesentlichen nur *eine* Auffassung, nur *eine* Denkweise – eben die offiziell gültige – an den Menschen herangetragen werden kann. Alles andere wird ihm ferngehalten; die Obrigkeit weiß schon, was für eine geistige Kost ihm gut tut<sup>8</sup>. Der Durchschnittsleser erfährt so nicht nur nicht, was alles in der Welt (und in der DDR selbst!) wirklich vorgeht; er ist auch völlig außerstande, sich ein eigenes Urteil über das zu bilden, was Staatsführung und Zensur ihm vorzusetzen für gut finden. Daß dadurch Tür und Tor für Einseitigkeiten, Entstellungen und Verdrehungen, für halbe Wahrheiten und ganze Unwahrheiten, für Demagogie und Heße jeglicher Art weit aufgemacht werden, versteht sich von selbst. Um aus vielen Beispielen nur ein einziges herauszugreifen: Ueber die Antwort der Westmächte vom 10. Juli auf die frühere Note der Sowjetunion über die deutsche Frage war sachlich in der Presse der DDR rein nichts zu lesen, kein Wortlaut, nicht einmal ein Auszug; dafür standen in jeder Zeitung lange redaktionelle Artikel über die Streitsache, in denen natürlich behauptet werden konnte, was man nur wollte, ohne daß man hätte befürchten müssen, der Leser könne die Richtigkeit der aufgestellten Behauptungen nachprüfen. Ich mußte jeweilen schon nach Westberlin fahren, um – wenn nicht die Wahrheit, so doch die andere Seite der Sache kennen zu lernen. In einer solchen Luft zu leben, wäre mir auf die Länge einfach unmöglich; gegen diese Bevormundung – um keinen stärkeren Ausdruck zu brauchen – lehnt sich mein ganzes Inneres, all mein Wille zur Selbstbestimmung derart auf, daß dagegen sämtliche Erklärungs- und Rechtfertigungsgründe nicht mehr aufkommen.

Und erst recht würde ich mich auflehnen, wenn ich die übrigen Polizei- und Diktaturmaßnahmen Tag für Tag über mich ergehen lassen müßte, den Gesinnungsdruck auf Schule, Kirche, Wissenschaft, die systematischen Bemühungen um Gleichschaltung mit der offiziellen Denkweise – jeden Mittwoch von 8 bis 10 Uhr, oft auch noch ein zweitesmal in der Woche, werden zum Beispiel sämtliche Betriebsangehörige zur «Schulung» im Geiste des Regimes versammelt –, kurz die Erfassung und Knetung des ganzen Menschen durch eine über ihm stehende äußere Autorität für die Zwecke des «Kollektivs», in dem er aufzugehen habe. Dazu die widerliche Verherrlichung der Sowjetunion, ihrer Armee und ihrer Führer, die in der DDR sozusagen obligat ist.

<sup>8</sup> Auch die «Neuen Wege» werden nur bis zu einzelnen Abonnenten durchgelassen; die übrigen Exemplare verschwinden irgendwo bei der Zensur, und zwar ohne daß dem Verlag Mitteilung von ihrer Unerwünschtheit gemacht würde.

## **Revolution von unten!**

Ich habe mit ostdeutschen Kommunisten einläßlich über die Diktatur- und Gewaltfrage gesprochen und kann ihre Haltung auch weithin verstehen. Das neue Staatswesen stand nach dem Zusammenbruch des Hitlerreiches vor einer ungeheuer schweren Doppelaufgabe: aus dem entsetzlichen materiellen und moralischen Chaos wieder eine lebensfähige Gemeinschaftsordnung zu erschaffen und zugleich eine von Grund auf andersgeartete Staats- und Wirtschaftsordnung aufzubauen. Da mußte eine starke, ihres Zieles bewußte Führung kommen, die autoritär, ja diktatorisch einzugreifen hatte, wo das Volk, durch Jahrhunderte eines feudal-militärischen Obrigkeitsstaates und ein Dutzend Jahre nazistischer Despotie verdorben, zur Demokratie noch nicht reif war. Die DDR ist eben nicht aus einer Revolution von unten her entstanden, sondern aus einem bloßen militärischen und politischen Zusammenbruch, in dem die Revolution von oben her gemacht werden mußte – oder überhaupt nicht gemacht werden konnte. In Westdeutschland wurde sie nicht gemacht; in Ostdeutschland wurde sie diktatorisch gemacht; mit Entnazifizierung, Aufteilung des Großgrundbesitzes, Sozialisierung der Industrie, Schulreform, Ausschaltung der kriegstreiberischen Mächte usw.

Dazu kam und kommt die Bedrohung durch die Gegenrevolution, von außen wie von innen her. Und die ist kein Phantasiegebilde; sie ist greifbare Tatsache. Spionage, Wirtschaftssabotage und Unterhöhlung der neuen Ordnung werden von den bürgerlich-kapitalistischen Ländern her, mit Westberlin als vorgeschobenem Hauptstützpunkt, in großem Stil betrieben, verbunden mit einem Tag für Tag betriebenen Lügenfeldzug der Presse und des Radios der Weststaaten, der auf alle Weise in den Osten hineinzuwirken versucht, so daß auf der ganzen Linie Abwehr und Wachsamkeit elementare Gebote der Selbsterhaltung sind. Die ganze Deutschlandpolitik der Westmächte ist eine Drohung gegen das Leben der DDR selbst, besonders wenn sich dahinter die Aussicht auf einen Revanchekrieg zur Befreiung der Ostdeutschen und der anderen östlichen Völker vom bolschewistischen Joch öffnet.

Die Diktatur als Verteidigung gegen diese tödliche Gefahr ist im Falle der Deutschen Demokratischen Republik ebensowohl zu verstehen wie im Falle der Sowjetunion. Und die bürgerlichen Demokratien, die mit Staatsschutzgesetzen, Kommunistenverfolgungen, militärischer Aufrüstung und dergleichen Mitteln die tatsächlich oder vermeintlich ihnen drohenden Gefahren abzuwehren suchen, sind die letzten, die ein Recht hätten, der DDR aus ihren Verteidigungsmaßnahmen einen Vorwurf zu machen. Aber es bleibt eben dennoch wahr, daß die Verteidigung der Revolution durch die DDR weithin mit falschen und darum zuletzt unwirksamen Mitteln geschieht. Alles, was Diktatur, Zensur, Polizeistaat usw. heißt, steht mit dem Wesen und Ziel des Sozialismus dermaßen in Widerspruch, daß es höchstens als vorübergehende Notstandsmaßnahme des Kalten Krieges, und auch da nur in sehr begrenztem Um-

fang, erträglich ist. Das Bewußtsein müßte bei der Staatsführung lebendig und deutlich erkennbar sein, daß Freiheit und Selbstregierung das Normale sind und das vorerst dafür noch nicht reife Volk dazu planmäßig erzogen werden muß. Tatsächlich ist von solchem Bewußtsein und Streben sehr wenig zu bemerken; Bevormundung und Diktatur werden – vielleicht mit etlichen Verbeugungen vor dem Ideal – in der Praxis als das Natürliche, dem Menschenwesen am meisten Entsprechende angesehen und geübt, zum Teil gewiß als Erbe des alten preußisch-deutschen Regimes und besonders der Hitlerzeit, ist doch der Kommunismus vieler Vertreter und Anhänger des neuen Staates noch sehr jungen Datums<sup>9</sup>. Nur aus dieser Grundhaltung ist es beispielsweise zu erklären, daß, wie es mir gegenüber einmal geschah, das Zensurregiment mit der Behauptung verteidigt wurde, die Staatsführung sei dank ihrer marxistisch-leninistisch-stalinistischen Schulung stets imstande, die politische Lage mit wissenschaftlicher Objektivität zu beurteilen, und diese Fähigkeit gebe ihr das Recht, die Wahrheit, in deren Besitz sie sei, dem unmündigen, ungeschulten Volk zu dessen eigenem Wohl aufzunötigen. Das vollendete klerikale Autoritätsprinzip! Von Dostojewskijs Großinquisitor scheinen die Leute, die so argumentieren, ebensowenig gehört zu haben wie von John Stuart Mill und seiner klassischen Beweisführung dafür, daß die Wahrheit, auch wenn man völlig überzeugt ist, sie zu besitzen, niemals mit Zwang durchgesetzt werden darf, will man nicht ihre innere Kraft, auf die doch alles ankommt, verhängnisvoll schwächen, ja vernichten.

Es fehlt, so ist wenigstens mein Eindruck, auch in der DDR durchaus die Erkenntnis, daß sich der Sozialismus und die Revolution in erster und letzter Linie vermöge ihrer Wahrheit, und das heißt vermöge ihrer Uebereinstimmung mit den Gesetzen der sittlichen Weltordnung, durchsetzen müssen, und daß aller äußere Schutz nur in dem Maße wirksam sein kann, als er sich in diesem Rahmen hält. Die enge Verbindung des Sozialismus-Kommunismus, wie er in der DDR verstanden wird, mit einer Lebensauffassung und Soziallehre, die die Realität der geistig-sittlichen Welt und ihrer Gesetze leugnet, arbeitet darum dem sozialistischen Endziel ebenso klar entgegen wie dem Ziel des Völkerfriedens. Eine gewisse Friedenspropaganda, die sich nicht genug tun kann in der Anschwärzung des Gegners und der Denunzierung seiner abgrundtiefen Bössartigkeit, ist von hier aus nicht weniger falsch und widersinnig als die Art und Weise, wie auch in der DDR – genau wie im Westen – die Kriegsrüstung des anderen Lagers mit womöglich noch stärkerer eigener Rüstung und Abwehr beantwortet wird. Im besonderen die

<sup>9</sup> So der Kommunismus jenes Dr. Melsheimer, der im Dritten Reich Karriere gemacht und das Zeugnis bekommen hat: «dem nationalsozialistischen Staat durchaus bejahend gegenüberstehend», gleich nach dem «Umbruch» aber in die neue Regierungspartei eingetreten ist, «die nun gegebene Realität anerkennend». Heute ist er Oberstaatsanwalt.

jüngsten Sperrmaßnahmen längs der Grenze mit Westdeutschland – von deren Umfang ich mir freilich kein Bild machen konnte – sind mindestens in der heutigen Lage weit übertrieben und dienen nur dazu, Panik und Kriegsfurcht auf beiden Seiten zu verbreiten.

Und zum Schluß: das ostdeutsche Volk als ganzes wird durch ein Zwangsregime nicht für den sozialistischen Aufbau gewonnen werden. Wie groß die Zahl derer ist, die heute aus Überzeugung hinter dem neuen Staat stehen, läßt sich natürlich nur sehr schwer ermitteln; wahrscheinlich ist es nur eine kaum besonders starke Minderheit. Die Mehrheit fügt sich nur widerwillig oder heuchelt Loyalität; die umfangreiche Flucht nach dem Westen, die erst jetzt allmählich abgestoppt wird, hat ihren Ursprung in diesen Schichten. Die Gleichschaltungspolitik, der ständige Gesinnungsdruck, die Ueberwachung und Einschüchterung zweifelhafter «Elemente», die Absperrung gegen außen und nicht zuletzt die Gewöhnung vermindern zwar die Stärke der stillen Opposition vorzu, besonders da jetzt eine Jugend heranwächst, die überhaupt nichts anderes als das kommunistische Regime kennt. Aber daß auf diesem Wege eine sozialistische Ordnung erbaut werden könne, die wirklich tief im Volk verankert ist und allen Stürmen zu trotzen vermag, das halte ich für gänzlich ausgeschlossen. Was der DDR vor allem nottut, das ist ihre Volkstümlichmachung durch Erziehung zur Freiheit und Selbstregierung, ist Duldsamkeit gegen alle ehrlich sozialen Revolution zugetanen Menschen und Gruppen, unter Verzicht auf Einprägung der spezifisch kommunistischen Lebens- und Weltanschauung, ist Voranstellung der Aufgabe, den Gerechtigkeits-, ja Brüderlichkeitsgeist, der allem wirklichen Sozialismus zugrunde liegt, sichtbarlich in die wirtschaftliche und politische Gegenwart hineinzutragen und sich hier allumfassend auswirken zu lassen. Die Außenwelt kann dazu entscheidend beitragen, indem sie ihre Feindseligkeit gegenüber den aus der sozialen Revolution unserer Zeit geborenen Staaten aufgibt und den Kommunismus als Antwort auf das Versagen der Demokratie und der Christenheit gegenüber den großen Volks- und Völkernöten versteht, also die Zwangsrevolution von oben durch die freiwillige von unten ersetzt und überbietet. Solange sie das nicht tut, vielmehr in Verblendung und Selbstgerechtigkeit ihre schwere Verschuldung übersieht, hat sie kein Recht zur Anklage wider den Kommunismus, der dann eben der einzige Weg bliebe, um das Weltproblem Nr. 1 zu lösen, das der Antikommunismus nicht lösen kann und im Ernst auch gar nicht lösen will.

10. September

Hugo Kramer